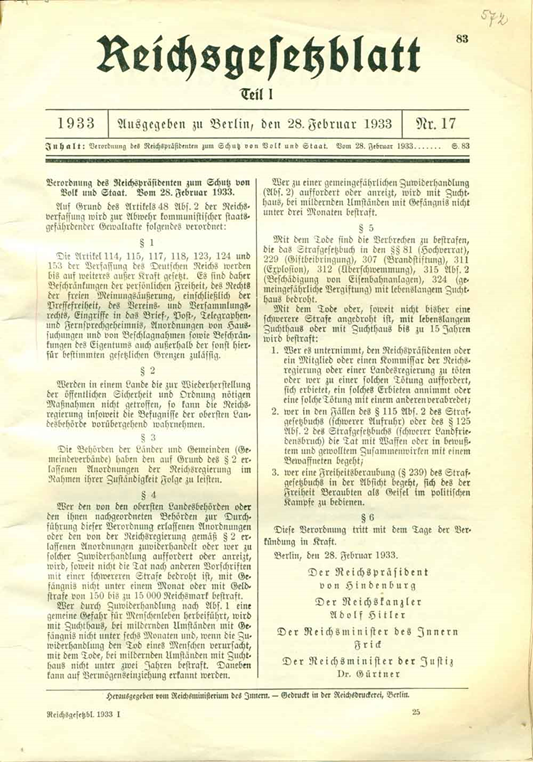
## Rechtliche Grundlagen für die Verfolgung

*Aufgabe: Erläutere, welche Grundrechte mit den Verordnungen außer Kraft gesetzt werden und welche Maßnahmen durch sie ermöglicht werden.*

**M 1 Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, sog. „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933**



<http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0101_rbv&object=facsimile&st=&l=de> (15.01.2017)

**M 2 Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung.**

Vom 21. März 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Wer eine Uniform eines Verbandes, der hinter der Regierung der nationalen Erhebung steht, in Besitz hat, ohne dazu als Mitglied des Verbandes oder sonstwie befugt zu sein, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

(2) Wer die Uniform oder ein die Mitgliedschaft kennzeichnendes Abzeichen eines Verbandes der im Abs. 1 bezeichneten Art, ohne Mitglied des Verbandes zu sein, trägt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

§ 2

(1) Wer eine strafbare Handlung gegen Personen oder Sachen begeht oder androht und dabei, ohne Mitglied des Verbandes zu sein, die Uniform oder ein die Mitgliedschaft kennzeichnendes Abzeichen eines Verbandes der im § 1 Abs. 1 bezeichneten Art trägt oder mit sich führt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

(2) Ist die Tat in der Absicht begangen, einen Aufruhr oder in der Bevölkerung Angst oder Schrecken zu erregen oder dem Deutschen Reich außenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten, so ist die Strafe Zuchthaus nicht unter drei Jahren oder lebenslanges Zuchthaus. In besonders schweren Fällen kann auf Todesstrafe erkannt werden.

(3) Nach diesen Vorschriften kann ein Deutscher auch dann verfolgt werden, wenn er die Tat im Ausland begangen hat.

§ 3

(1) Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter diesen Regierungen stehenden Parteien oder Verbänden schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und, wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

(2) Ist durch die Tat ein schwerer Schaden für das Reich oder ein Land entstanden, so kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden.

(3) Wer die Tat grob fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 4

Wer die Mitgliedschaft eines Verbandes erschlichen hat, gilt für die Anwendung dieser Verordnung als Nichtmitglied.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft.

## Berlin, den 21. März 1933.

Der Reichspräsident von Hindenburg

Der Reichskanzler Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern Frick

Für den Reichsminister der Justiz der Stellvertreter des Reichskanzlers von Papen

(zitiert nach: <http://www.documentarchiv.de/index.html>, Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung, 17.01.2017)

## M 3 Ulmer Tagblatt vom 24. März 1933

## 09-07-2009 18;22;06

**M 5 Hermann Mattheiß im Stuttgarter NS-Kurier, 30. Januar 1934**

... Die Politische Polizei sieht ihre gegenwärtige und zukünftige Aufgabe darin, die Feinde des Dritten Reiches zu erforschen und zu beobachten, aber auch sie gegebenenfalls unmittelbar und, wenn es sein muss, rücksichtslos zu bekämpfen, gleichgültig, in welchen Formen diese Gegner auch antreten mögen. (aus: Stuttgarter NS-Kurier, 30.1.1934)

**M 4 Wilhelm Murr, Reichsstatthalter in Württemberg, nach der Regierungsneubildung in Stuttgart, 15. März 1933**

… Die Regierung wird mit aller Brutalität jeden niederschlagen, der sich ihr entgegenstellt. Wir sagen nicht: Aug um Aug, Zahn um Zahn; nein, wer uns ein Auge einschlägt, dem werden wir den Kopf abschlagen, und wer uns einen Zahn ausschlägt, dem werden wir den Kiefer einschlagen.

(zitiert nach: Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, hg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Ulm 1975, S. 30).

DZOK-Archiv R1/515